

Leserbrief zum Kommentar von Redaktor Bernhard Kislig vom 30.1.2017

NEIN zur wenig vertrauenswürdigen Steuerreform

Ihr Bundeshausredaktor Bernhard Kislig hat recht: eine neue Vorlage mit Verzicht auf die Zinssubvention und einer gerechten Steuer auf Dividenden kann durch das Parlament nach einem NEIN am 12. Februar rasch bearbeitet werden.

Die Zinssubvention auf dem Aktienkapital würde hohe Steuerausfälle verursachen. Daher war die grosse Mehrheit der Kantone dagegen. Es gibt sie nur in 4 Ländern: Liechtenstein, Italien, Belgien und Lettland. Österreich und Kroatien haben sie abgeschafft. In Belgien ist ein Vorstoss zur Abschaffung hängig. Luxemburg verzichtete auf die Einführung.

Zudem verbietet unser Aktienrecht die Verzinsung des Aktienkapitals. Es ist daher besonders dreist, dafür eine Staatssubvention zu fordern! Und vergessen wir nicht: *Die Mehrheit der KMU sind nicht Aktiengesellschaften.* Über 350'000 KMU mit 735'000 Beschäftigten sind Einzelfirmen oder Personengesellschaften. Sie profitieren im Gegensatz zu ausländischen Grosskonzernen nicht von dieser Steuerreform.

Nur das NEIN am 12. Februar öffnet den Weg zu einer ausgewogenen Vorlage. Alt Bundesrätin Evelyne Widmer-Schlumpf (BDP/GR) und alt Regierungsrat Christian Wanner (FDP/SO) – beide haben lange die Finanzdirektorenkonferenz präsidiert - wissen, wieso sie vor diesem überladenen Fuder warnen.

Margret Kiener Nellen, Nationalrätin SP, Bolligen